



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/28 - 2.2.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Zur Diskussion um die sowjetischen Vorschläge	S. 1
Hart bedränger Mendés-France	S. 3
Protestantischer Vorstoss im Saargebiet	S. 5
Dreimal Tito in Moskauer Sicht	S. 7

---

## Bonn verleugnet Eden-Plan

sp- Ausdrücke wie "Nihilisten" und "Verneiner der Freiheit" sind Durchschnittsware dessen, was zur Zeit auf dem publizistischen Markt der Bundesrepublik an politischen Schimpfworten angeboten wird. Sie gelten denen, die aus ernster Verantwortung ihre Stimme gegen eine Annahme der Pariser Verträge erheben. Und den, wie man vernahm, recht kritischen Gymnasiasten seiner früheren Schule erzählt kein Geringerer als der Präsident des Deutschen Bundestags: "Die Millionen, die die kommunistische Propaganda ausgibt, scheiner nicht fruchtlos zu sein." Er erzählt es wenige Tage nach der Kundgebung in der Paulskirche und in recht unmittelbarer Bezugnahme auf sie. Welch ein Niveau im Meinungskampf mit Männern, die ihrerseits jede Verunglimpfung ihrer politischen Gegner peinlichst vermeiden und denen jeder Unvoreingenommene die Reinheit ihrer Gesinnung und die Sauberkeit der Mittel bescheinigen muss. - Doch im Augenblick steht eine besondere Frage an.

Ein Artikel der regierungsentlichen Moskauer "Iswestija" erläuterte den sowjetischen Vorschlag vom 15. Januar zu gesamtdeutschen freien Wahlen und deren internationaler Kontrolle. Während noch die den Kanzler besonders nahestehende "Kölnische Rundschau" hämisch schrieb, die Frankfurter "Manifestanten" hätten zu den Moskauer Vorschlägen ihre Hände "kaallrot" geklatscht, erinnerte die gewiss unverdächtige "Welt" am gleichen Tage daran, dass die Moskauer Wahlvorschläge im Grunde nur den Eden-Plan auf der Berliner Konferenz vor einem Jahr entsprechen, dem die Bundesregierung selbst

seinerzeit ihre Zustimmung gegeben, ja an dem sie entscheidend mitgewirkt hat.

Dieser Plan sah unter anderem vor, dass das für die gesamtdeutsche Wahlen zu vereinbarende Wahlgesetz Elemente sowohl aus dem Wahlgesetz der Bundesrepublik als auch aus dem der sogenannten DDR enthalten sollte; es bestimmt weiter, dass die Anwendung dieses Wahlgesetzes von einer Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit oder ohne Teilnahme Neutraler überwacht werden sollte. "Mit dieser Zustimmung zum Eden-Plan hat Moskau - wenn es ernst gemeint sein sollte - einen weiteren Schritt zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten über das Thema der freien Wahlen getan", schreibt die "Welt", die daran erinnert, dass noch in Berlin dieser Plan von Molotow abgelehnt worden war. Auch in der Spezialfrage, was unter internationaler Aufsicht freier Wahlen zu verstehen sei, stützen die Sowjets sich jetzt offenbar weitgehend auf westliche Vorstellungen: Der Westen hatte sich in Berlin für eine einfache Aufsicht bzw. Beobachtung entschieden gegen eine Kontrolle - nicht umgekehrt, wie es in letzter Zeit immer wieder dargestellt worden ist.

Von den Gegnern der Regierungspolitik ist niemand so töricht, zu glauben, dass sowjetische Verhandlungsangebote schon eine Art Garantie für das Gelingen solcher Verhandlungen sind. Es ist auch gänzlich falsch, wenn in einer FDP-Verlautbarung gesagt worden ist, der tragische Irrtum des Deutschen Manifestes liege darin, dass ein Verhandlungsvorschlag der Sowjetunion schon als Ergebnis vorweggenommen wird - gemeint ist offenbar als positives Ergebnis. Niemand von den Befürwortern eines möglichst sofortigen Verhandlungsbegins unterliegt diesem Irrtum.

Wohl aber lehnt die Regierungspolitik Verhandlungen mit den Sowjets in diesem Zeitabschnitt ab, weil sie von vornherein, ohne auch nur den Versuch einer Klärung zu unternehmen, ihr negatives Ergebnis als unvermeidlich voraussetzt. (Nicht zu Unrecht übrigens, wenn sie an den Beginn von solchen Verhandlungen die Erfüllung aller Forderungen des Westens setzen will.) Das ist der Punkt, an dem sich die deutsche Politik in neue schwere Schuld verstricken kann. In der Beantwortung einer Labour-Anfrage durch Winston Churchill klang das auch recht deutlich an, als der bedrängte britische Premier Verhandlungen vor der Ratifizierung mit dem Hinweis ablehnte, die Bundesregierung selbst sei ausdrücklich dagegen...

+ + +

Schwerstes Geschütz gegen Mendés-France

k.-Paris, Anf. Febr.

Am Spätabend des kommenden Freitag wird Frankreichs energiegeladener Ministerpräsident Pierre Mendés-France die Vertrauensfrage stellen. Ob es der von den katholisch-konservativen Volksrepublikanern (MRP) geführten Opposition dann bereits gelingen wird, den ihnen so stark auf die Nerven gehenden Regierungschef zu stürzen, bleibt abzuwarten. Sicher aber ist, dass das MRP, wenn dieser Versuch - anlässlich der Afrika-Debatte, die am Mittwoch begann - misslang, keine Gelegenheit vorübergehen lassen wird, um die Festung "P-M-F" zu Fall zu bringen. Dabei können sie nicht nur auf die echten Gegner des Ministerpräsidenten zählen.

Es zeigte sich z.B. schon vor Beginn der Afrika-Debatte, dass Mendés' radikalsozialistischer Parteifreund, der frühere Ministerpräsident René Mayer, sich den Gegnern der Regierung zugesellte; er vertritt in der Pariser Kammer ein algerisches Mandat und damit die Interessen oder Auffassungen seiner europäisch-französischen Wähler in Alger. So wie in diesem Falle die Interessenpolitik gewisser Gruppen die Einstellung einzelner Deputierter beeinflusst, überwuchern in anderen Fällen wirtschaftliche oder politische Überlegungen die Entscheidungen: Oft also ist es nicht das zur Debatte stehende Thema, um das in Wirklichkeit gekämpft wird, sondern etwas ganz anderes.

Ausser der Afrika-Debatte bieten auch einige Budget-Debatten prächtige Möglichkeiten für die Opposition, und wenn auch diese nicht genutzt werden könnten, darf sie immerhin noch auf eine durch den Rat der Republik (Senat) herbeigeführte zweite Kammer-Lesung der Pariser Verträge hoffen. Der Senat steht jetzt vor der Aufgabe, das unstrittene Vertragswerk zu ratifizieren oder die Ratifizierung zu verzögern. Will er die Gesetze nicht ohneweiteres gutheissen, so genügt eine Rückfrage bei der Kammer oder eine Anfrage, um dort eine neue Volldebatte auszulösen, und da Mendés-France bereits bei der ersten grösste Schwierigkeiten zu überwinden hatte, dürfen seine Gegner hoffen, dass er bei einer zweiten Lesung Schiffbruch erleidet. Zum Mindesten aber wäre Zeit gewonnen, und man könnte abwarten, was aus der Ratifizierung durch den deutschen Bundestag wird.

Selbst also, wenn an diesem Wochenende der Sturz der Regierung vermieden wird, bedeutet dies nicht, dass sie ruhigeren Wochen

entgegensehen kann. Zwar weiss jedermann, dass es ausserordentlich schwer sein würde, ein Ministerium zu bilden, das auf breiter parlamentarischer Grundlage stände, aber diese Überlegung scheint der Opposition im Augenblick kein Hemmnis darzustellen. Ihr haben die sieben Monate erfolgreicher Politik des jetzigen Regierungschefs genügt, um ihn ausschalten zu wollen. Dabei ist ihr gerade bei der Afrika-Debatte nicht allzu wohl gewesen; denn der Ruf nach Reformen lässt auch Halbtaube aufhorchen, und wenn so angesehene Männer wie der Journalist, Philosoph und Nobelpreisträger François Mauriac ihre Stimme erheben, um gegen die in Algerien angewandten Verwaltungs- und Polizeimethoden zu protestieren, so kann kaum jemand es wagen, von Übler, die Staatsautorität untergrabender, Propaganda zu sprechen.

Die augenblickliche Schwäche der Regierung Mendés-France beruht nicht zuletzt auf der Uneinigkeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, die es aus verschiedenen Überlegungen zweimal abgelehnt hat, dem Kabinett beizutreten. Zahlreiche Sozialisten haben sich in aller Deutlichkeit von den Pariser Verträgen distanziert, die von der Partei gutgeheissen werden, und wurden dafür gemassregelt, und wenn die Partei in der kommenden Woche - also nach der Afrika-Debatte - ihren Kongress abhält, so dürfte es bei den Diskussionen daher heiss hergehen. Solange aber die Partei in sich uneinig ist, fehlt ihr die nötige Stoßkraft, um für die Regierung Mendés eine wirkliche Hilfe darzustellen. Diese Situation will die Opposition ausnutzen, und es gibt Politiker, die zu der Auffassung neigen, Mendés-France würde bei einer der kommenden Abstimmungen gar nicht so ungern verlieren. Mit so schwacher und wechselnder Mehrheit zu regieren, wäre auch dann eine undankbare Aufgabe, wenn das parlamentarische Spiel Frankreichs nicht die immer wiederkehrende Stellung der Vertrauensfrage bedingte. Er käme wieder, glauben sie, wenn er einer breiteren Regierungsbasis gewiss sein könnte. Bis dahin könnte allerdings manches geschehen, was seinen Nachfolgern mehr Sorgen als Freuden bereiten würde. Noch freilich kämpft "P-M-F" gegen die Wellen an. Und er ist ein starker Schwimmer.

Gegen Gewissenszwang und Meinungsknebelung

Ein aufsehenerregender Schritt evangelischer Geistlicher  
Man schreibt aus dem Saargebiet:

Die Pfarrerschaft des Saargebietes hat in diesen Tagen einen aufsehenerregenden Schritt getan. In einem Schreiben, das abschriftlich dem Ratspräsidenten der EKID, Bischof D. Dibelius und Kirchenpräsident Niemöller in seiner Eigenschaft als "Aussenminister" der EKID zugeleitet wurde, haben sie sich "in schwerer Gewissensnot" an ihre zuständigen Kircheninstanzen in Düsseldorf und Speyer gewandt. In der zuchtvollen Sprache von Kirchenmännern bitten sie darin, an allen Stellen

"dahin zu wirken, dass wir in Zukunft die Stimme unseres Gewissens frei erheben können, entsprechend der Strassburger Konvention, und dass wir auch für die Wiedervereinigung mit dem Vaterland stimmen dürfen."

Es ist das erste Mal, dass aus dem Raum der Kirchen - abgesehen von dem seinerzeitigen Hirtenbrief der kath. Bischöfe von Trier und Speyer, der zu den Landtagswahlen 1952 im Saargebiet von den Kanzeln verlesen werden sollte und dann wieder zurückgezogen worden war - zu den undemokratischen Zuständen an der Saar und zum Pariser Saar-Abkommen Stellung genommen worden ist. Unmissverständlich erklären die evangelischen Geistlichen, sie könnten nicht gutheissen, dass bei der Abstimmung über das künftige "Europäische Saartatut" die Frage, ob die Saarbevölkerung wieder mit dem Vaterland vereinigt werden will, überhaupt nicht gestellt ist! In dem Fehlen einer echten Alternative bei der Abstimmung sehen auch die evangelischen Theologen eine erhebliche Beschränkung der Menschenrechte, gegen die sie mit ihrem Schreiben scharfen Widerspruch erheben!

Unüberhörbare Anklage

Nicht minder bedeutungsvoll dürften für die deutsche und internationale Öffentlichkeit jene Briefstellen sein, die sich mit der jahrelangen Suspendierung der demokratischen Grundrechte durch die Hoffmann-Regierung befassen. In schneidender Sachlichkeit klagen die evangelischen Seelsorger das derzeitige Regime an der Saar an:

"Bis zur Stunde unterbindet die Regierung des Saarlandes offen und geheim alle Meinungsäußerungen, die ihr nicht genehm sind, obwohl sie der Strassburger Konvention der Menschenrechte beigetreten ist. Aus diesem Grunde kann auch das vorliegende Schriftstück nur von wenigen unterschrieben und innerhalb des Saargebietes nicht der Post übergeben werden."

Auch den Kirchenmännern an der Saar gibt der Artikel, der die Zulassung von politischen Parteien, öffentlichen Versammlungen und Zeitungen vorsieht, "Grund zu der Besorgnis, dass auch weiterhin keine freie Meinungsäußerung geduldet wird." Der Brief weist darauf hin, dass im Absatz 2 des Artikels "jede deutsche Einmischung untersagt ist, während die derzeitige Saarrregierung in Verbindung mit der französischen Regierung alle Machtmittel in der Hand hat, nämlich Regierungsgewalt, Polizei, Presse, Rundfunk, fast alle kulturellen Institutionen und die bedeutungsvollsten Wirtschaftsunternehmen."

Freiheit der Person und des Eigentums gehören zur Demokratie, wie zum Haus das Fundament. Mit dem Verlängen:

"Es erscheint uns notwendig, dass die Freiheit der Person und des Eigentums vertraglich garantiert wird,"

und dem weiteren:

"Ferner ist eine genaue Erläuterung des Artikels 6 notwendig",

wird auch aus kirchlichem Munde deutlich ausgesprochen, wie gering die demokratische Substanz des Pariser Saarabkommens ist. Der Schluss des Briefes weist auf die Gefahren dieses Fehlens für die evangelische Kirche betont hin:

"Auch wir sind für die Einigung Europas. Aber nicht auf dem Wege, der schliesslich zu dem Verlust unseres Deutschtums und unter Umständen auch zur Lostrennung der saarländischen evangelischen Kirche von der pfälzischen und der rheinischen Kirche führt."

#### Kirchen befürchten schwere Nachteile

Das geistliche Verlangen, die Freiheit der Person und des Eigentums fest zu garantieren, berührt auch das künftige Schicksal der ev. und kath. Kirche im Saargebiet aufs engste. Wiederholt haben Frankreichs offizielle und inoffizielle Statthalter, Herr Grandval und Herr Hoffmann, beim Vatikan versucht, die Errichtung eines "Saarländischen Bistums" durchzusetzen. Davon würde zuerst die Minorität der ev. Christen im Saargebiet besonders hart betroffen werden. Da jedoch der von Hoffmann angestrebte "autonome Saarstaat" sich eng an Frankreich anlehnen muss, würden auch für die kath. Kirche im Saargebiet bald die für dieses christliche Bekenntnis so unerfreulichen kirchlichen Verhältnisse in Frankreich massgebend sein.

Obgleich bis heute die kath. Geistlichkeit noch nicht

offiziell Stellung zu den in dem Schreiben der ev. Theologen behandelten Fragen genommen hat, erscheint es vielen katholischen Christen umso begrüßenswerter, dass mit dem vorstehend zitierten Satz ev. Christen indirekt auch den Schutz der kath. Bekenntnisse vor den kirchenpolitischen Anschlägen Hoffmanns und Grandvals übernommen haben. Ob sich jedoch der katholische Klerus eines Tages in einer ihm passend erscheinenden Form dem Schritt der ev. Theologen von der Saar anschließen wird, ist noch offen. Jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der katholische Teil der Saarbevölkerung nunmehr einen solchen sehnsüchtig erwartet.

+ + +

#### Dreimal Tito in Moskauer Sicht

Die Londoner "Evening News" hat in der sowjetischen Enzyklopädie ein treffendes Beispiel für die Wandelbarkeit sowjetischer Meinung und Wertschätzung aufgedeckt.

In der Ausgabe vom Jahre 1947, d.h. vor dem Austritt Titos aus dem Kominform, hiess es:

"Im Oktober 1944 stellten die Sowjettruppen die Verbindung mit dem Heer des Marschalls Tito, des Nationalhelden Jugoslawiens, her und befreiten Belgrad".

In der Ausgabe vom Jahre 1950, also nach dem Bruch Titos mit dem Kominform, ist zu lesen:

"Am 20. Oktober 1944 befreiten die Sowjettruppen Belgrad, aber die faschistische Clique Titos lieferte Jugoslawien dem anglo-amerikanischen Imperialismus aus".

In der jetzt erschienenen neuen Ausgabe der sowjetischen Enzyklopädie heisst es nur wieder:

"Nach gemeinsamen Anstrengungen der von ihrem Marschall geführten jugoslawischen Freiheitsarmee und der Sowjettruppen wurden die hitlerischen Banden, die Belgrad besetzt hatten, zertrümmert".

Ohne Kommentar!

+ + +